

Bericht

des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration

über die Drucksache

**22/1440: Schutz für obdachlose Menschen sicherstellen: Winternotprogramm 2020/2021 ganztägig und für alle öffnen
(Antrag DIE LINKE)**

zusammen mit

**22/1566: Neue Chancen für Obdachlose – Hochrisikogruppen im Corona-Winter 2020/2021 durch Einzelunterbringung besser vor Infektionen schützen
(Antrag CDU)**

und

**22/1785: Versorgungslücken des Hilfesystems für obdachlose Menschen aufdecken – Runden Tisch einrichten!
(Antrag DIE LINKE)**

Vorsitz: **Michael Gwosdz (i.V.)**

Schriftführung: **Metin Kaya**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 22/1440 und 22/1566 wurden am 30. September 2020 auf Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN, die Drs. 22/1785 am 28. Oktober 2020 auf Antrag der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und Fraktion DIE LINKE jeweils durch Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überwiesen. Der Ausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 5. November 2020 abschließend mit den Vorlagen.

II. Beratungsinhalt

Der Ausschuss beschloss einstimmig, über die Sitzung ein Wortprotokoll zu führen.

Das Wortprotokoll des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration (Ausschussprotokoll Nummer 22/04) kann über die Internetadresse der Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft unter <http://www.buergerschaft-hh.de/parldok> aufgerufen oder in der Parlamentsdokumentation der Hamburgischen Bürgerschaft eingesehen werden.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration empfiehlt der Bürgerschaft,

- a) die Drs. 22/1440 mit den Stimmen der Abgeordneten von SPD, GRÜNEN, CDU und AfD gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE,*
- b) die Drs. 22/1566 mit den Stimmen der Abgeordneten von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Abgeordneten von der Fraktion DIE LINKE, CDU und AfD sowie*
- c) die Drs. 22/1785 mit den Stimmen der Abgeordneten von SPD, GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und bei Enthaltung der CDU-Abgeordneten*

jeweils abzulehnen.

Metin Kaya, Berichterstattung